



Januar 2020

# Der Tod von General, Soleimani und seine Folge

---

## Wahrnehmung und Reaktionen im Nahen und Mittleren Osten

*Christina Baade, Michael Bauer, Fabian Blumberg, Regina Frieser, Dr. Malte Gaier, Steven Höfner, Gregor Jaecke, Dr. Aylin Matlé, Dr. Annette Ranko, Dr. Edmund Ratka, Valentina von Finckenstein*

In den frühen Morgenstunden des 3. Januar 2020 wurde Qassem Soleimani, Kommandeur der Auslandseinheit der Iranischen Revolutionsgarden, durch einen US-Drohnenangriff bei Bagdad getötet. Das Regime in Teheran schwor blutige Rache. Ob mit dem iranischen Beschuss von US-genutzten Militärbasen im Irak der Nacht zum 8. Januar – und Trumps Verzicht auf militärische Vergeltung – die Eskalationsspirale wirklich endet, bleibt offen. Die USA und der Iran gehören zu den einflussreichen Akteuren im Nahen und Mittleren Osten und ihr Verhältnis wirkt sich unmittelbar auf die Gesamtregion aus. Die geopolitischen Spannungen sind dabei mit den inneren Verwerfungen und den ungewissen sozialen und politischen Wandlungsprozessen in vielen Ländern der Region verwoben, wodurch sich das Potenzial für Eskalation und Destabilisierung weiter erhöht. Unsere Übersicht zeigt, wie die Tötung Soleimanis im Nahen und Mittleren Osten aufgenommen wird (siehe Karte) und welche politischen Folgen dort zu beobachten und noch zu erwarten sind.

## Soleimani – Protagonist und Symbolfigur iranischer Regionalpolitik

Qassem Soleimani, geboren 1957, hatte sich bereits 1979 den neu gegründeten Iranischen Revolutionsgarden angeschlossen. Seit 1998 befehligte er die Quds/Jerusalem-Einheiten, eine Sondereinheit der Iranischen Revolutionsgarden, die für Auslandseinsätze zuständig ist. Er galt als enger Vertrauter des Obersten Führers, Ayatollah Ali Khamenei, und als Architekt des militärischen Engagements des Iran in der Region. Neben dem Assad-Regime in Syrien, wo vom Iran gesteuerte Schiiten-Milizen mit ausschlaggebend für den blutigen Sieg des Regimes waren, unterstützt Teheran bewaffnete Gruppen im Libanon (Hizbollah), im Irak (Volksmobilisierungseinheiten), im Jemen (Houthis) und den Palästinensischen Gebieten ( Hamas und Islamischer Dschihad). Mittels dieser „Stellvertreter“ will Iran seine regionalen Machtambitionen umsetzen und zugleich ein Droh- und Abschreckungspotenzial gegen die USA und Israel aufbauen.

Soleimani, der in Teheran zu den Hardlinern zählte, war Vorkämpfer und Symbolfigur dieser offensiven und machtbewussten Regionalpolitik der Islamischen Republik. Von der iranischen Propaganda wurde als mythenumrankter Kriegsheld und „Gesicht des Widerstandes“ gefeiert. Die vom Iran unterstützten und teilweise eng kontrollierten schiitischen Milizen im Irak, die 2014 bis 2017 noch maßgeblich den „Islamischen Staat“ bekämpft hatten, richteten ihre Waffen jüngst gegen das irakische Volk selbst. Bei den gewaltsamen Konfrontationen zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten im Zuge der seit Oktober 2019 andauernden Protestwelle im Irak, die unter anderem ein Ende der korrupten Regierungsführung und der iranischen Einmischung fordert, spielen sie eine Schlüsselrolle und sind mitverantwortlich für den Tod Hunderter friedlicher Demonstranten, zivilgesellschaftlicher Aktivisten und Journalisten. Soleimani stand wegen seiner Verwicklung in die Niederschlagung von Demonstrationen in Syrien seit 2011 durchgehend auf den Terrorlisten der USA und der Europäischen Union.

Soleimani habe „aktiv Pläne entwickelt, um amerikanische Diplomaten und Angehörige der Streitkräfte anzugreifen“, begründete das US-Verteidigungsministerium die Tötung des iranischen Generals. Dieser sei für den Tod von Hunderten von Amerikanern und ihrer Verbündeten sowie die Angriffe auf US-Militärbasen im Irak, einschließlich der Attacke am 27. Dezember 2019 in Kirkuk, verantwortlich. Am Vortag des Angriffes auf Soleimani hatte US-Verteidigungsminister Mark Esper erklärt, dass der Iran oder mit ihm verbündete Milizen weitere Attacken planen könnten. Darauf würden die Vereinigten Staaten gegebenenfalls auch „vorbeugend“ reagieren. Eine bevorstehende Bedrohung wurde dann auch – neben einem intendierten „Abschreckungseffekt“ – seitens der USA als Begründung für die Liquidierung Soleimanis auf irakischem Boden angeführt.

## Die Zuspitzung des amerikanisch-iranischen Konfliktes zur Jahreswende 2019/2020

Mit der Ausschaltung Soleimanis haben die USA einen sowohl in operativer als auch symbolischer Hinsicht heftigen Schlag gegen den Iran und dessen Regionalpolitik ausgeführt. Dieser fügt sich ein in die Auseinandersetzung zwischen Washington und Teheran, die mit Trumps Amtsantritt und dem folgenden Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen im Mai 2018 extrem an Dynamik und Brisanz gewonnen hat. Während die USA mit harschen Sanktionen („maximum pressure“) das iranische Regime zu weiteren Zugeständnissen zwingen wollen, zeigte Teheran im vergangenen Jahr seinerseits seine Eskalationsoptionen und Bereitschaft asymmetrisch auch militärisch zuzuschlagen („maximum resistance“). Bemerkenswerterweise blieben die dem Iran zugeschriebenen Angriffe auf Tankschiffe und eine US-Drohne im Persischen Golf (im Mai und Juni) sowie auf Öl-Anlagen in Saudi-Arabien (im September) seitens der USA und ihrer regionalen Verbündeten weitgehend unbeantwortet.

Das iranische Regime war in den letzten Monaten wirtschaftlich immer stärker unter Druck geraten und im November 2019 auch von Massenprotesten der eigenen Bevölkerung erschüttert worden. Über seine verbündeten Milizen im Irak versuchte es, vermehrt Druck auf die USA auszuüben. Immer wieder kam es zum Beschuss von US-Militärbasen. Am 27. Dezember 2019 attackierte die Miliz „Kataib Hizbollah“, die zu den Volksmobilisierungseinheiten gehört, eine US-Militärbasis in der nordirakischen Provinz Kirkuk und löste damit die jüngste Eskalationsspirale aus. Durch den Raketenbeschuss waren mehrere amerikanische und irakische Soldaten verletzt und ein amerikanischer Mitarbeiter einer privaten Sicherheitsfirma getötet worden. Als Reaktion flog die US-Armee Angriffe auf Stützpunkte der Kataib Hizbollah im Irak und in Syrien, wobei 25 Kämpfer getötet wurden. Dieser Vergeltungsangriff der USA führte wiederum zur Belagerung der US-Botschaft in Bagdad am 31. Dezember und 1. Januar, durch Anhänger der Miliz, die teilweise auch auf das Botschaftsgelände gelangen konnten. Daraufhin wiederum reagierten die USA mit dem Drohnenangriff am 3. Januar, bei dem neben Soleimani auch dessen enger Vertrauter und Stellvertretender Leiter der Volksmobilisierungseinheiten, der Iraker Abu Mahdi al-Muhandis, getötet wurde. Der Iran führte in der Nacht auf den 8. Januar einen Vergeltungsschlag aus und feuerte Raketen auf zwei Militärstützpunkte im Irak, die auch von US-Truppen genutzt werden. Laut amerikanischer und irakischer Angaben gab es dabei keine Todesopfer. Während der iranische Außenminister Mohammed Sarif erklärte, mit diesem Raketenangriff, der direkt aus dem Iran erfolgte, sei die iranische Vergeltung „abgeschlossen“, gibt es seitens der Iranischen Revolutionsgarden und irakisch schiitischer Milizien weitere Drohungen. US-Präsident Donald Trump erklärte in einer ersten Reaktion, er werde auf eine militärische Erwidern verzichten, kündigte aber weitere Wirtschaftssanktionen an. Grundsätzlich sei er aber zu einem „Deal“ mit dem Iran bereit, wenn dieser seine Politik in der Region ändere und auf sein Atomprogramm verzichte.

## Das Atomabkommen und die Rolle Europas

Mit der Ausschaltung Soleimanis haben die USA einen sowohl in operativer als auch symbolischer Hinsicht heftigen Schlag gegen den Iran und dessen Regionalpolitik ausgeführt. Dieser fügt sich ein in die Auseinandersetzung zwischen Washington und Teheran, die mit Trumps Amtsantritt und dem folgenden Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen im Mai 2018 extrem an Dynamik und Brisanz gewonnen hat. Während die USA mit harschen Sanktionen („maximum pressure“) das iranische Regime zu weiteren Zugeständnissen zwingen wollen, zeigte Teheran im vergangenen Jahr seinerseits seine Eskalationsoptionen und Bereitschaft asymmetrisch auch militärisch zuzuschlagen („maximum resistance“). Bemerkenswerterweise blieben die dem Iran zugeschriebenen Angriffe auf Tankschiffe und eine US-Drohne im Persischen Golf (im Mai und Juni) sowie auf Öl-Anlagen in Saudi-Arabien (im September) seitens der USA und ihrer regionalen Verbündeten weitgehend unbeantwortet.

## Wie reagieren die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens?

### Reaktionen aus dem Iran

#### Welche Rolle spielt der Konflikt mit den USA im Iran?

Die USA werden im Iran als Bedrohung der politischen Souveränität des Landes und der iranischen regionalen Interessen wahrgenommen. Diese Perzeption wird propagandistisch durch die Regime verstärkt, basiert aber auch auf der historischen Erfahrung wiederholter militärischer Interventionen und massiver Einmischung externer Mächte in die iranische Politik. Den USA kommt hierbei aus Sicht Irans eine besondere Rolle zu. Gemeinsam mit Großbritannien waren die USA ein zentraler Akteur beim Sturz des iranischen Präsidenten Mossadegh 1953 und der anschließenden Installation des bei weiten Teilen der Bevölkerung verhassten Schah-Regimes, das bis zur islamischen Revolution 1979 Bestand hatte. Washington – sowie zahlreiche weitere Regierungen in Ost und West – unterstützten den irakischen Diktator Saddam Hussein in den 1980er Jahren, als dieser Iran angriff und dem Land einen blutigen Krieg aufzwang. Als enger Verbündeter Israels und militärische Schutzmacht Saudi-Arabiens kooperieren die USA zudem mit regionalen Rivalen Irans. Das jüngste Beispiel für den Willen der USA, Iran zu schaden, ist aus Sicht Teherans die Aufkündigung des 2015 geschlossenen Atomabkommens durch US-Präsident Trump im Jahr 2018.

Durch die zahlreichen amerikanischen Militärstützpunkte in der Region fühlt sich Iran umzingelt; die umfassenden Sanktionen, die Washington gegen Iran verhängt hat und auch gegenüber Drittstaaten durchzusetzen versucht, werden als Versuch der wirtschaftlichen Strangulierung des Landes gesehen. Vor diesem Hintergrund fällt es der staatlichen Propaganda leicht, die USA als „großen Satan“ und zentralen Feind der islamischen Republik darzustellen und damit auch (vermeintliche) innenpolitische Legitimation für das iranische Regime zu erzeugen.

Andererseits gab und gibt es in der iranischen Gesellschaft sowie innerhalb des politischen Establishments auch immer Stimmen, die eine Öffnung nach außen und eine Modernisierung des Landes fordern. Dabei ist der Westen ein wesentlich wichtigerer Referenzpunkt für Iran als etwa Russland oder China. Auch das militärische Engagement der iranischen Führung in der Region insgesamt und insbesondere auf Seiten des Assad Regimes in Syrien wurde aufgrund der damit verbundenen hohen Kosten und trotz der Bedrohungswahrnehmung immer wieder in öffentlichen Protesten kritisiert.

#### Wie wird die Tötung Soleimanis Iran wahrgenommen?

Die Tötung Qassem Soleimanis durch die USA versetzte sowohl die iranische Politik als auch die Öffentlichkeit in einen Schock, der bald in Trauer und Wut umschlug. Neben seiner Rolle als Architekt der operativen Umsetzung der iranischen Sicherheitspolitik in der Region hatte sich Soleimani vor allem

bei der Bekämpfung des sogenannten „Islamischen Staates“ den Status eines Nationalhelden erworben. Hunderttausende nahmen an seiner Beerdigungsfeier teil, die von internationalen Beobachtern mit derjenigen des Gründers der Islamischen Republik, Ajatollah Chomeini, verglichen wurde. Die Führung Irans um Revolutionsführer Khamenei kündigte massive Vergeltungsmaßnahmen gegen die USA und ihre Verbündeten an.

Die Tötung Soleimanis passt zwar grundsätzlich in die iranische Wahrnehmung der USA als „Erzfeind“, welcher der Islamischen Republik mit allen Mitteln schaden will; dennoch stellt die Tötung einer so exponierten und im Land geachteten Person der iranischen Politik eine qualitativ neue Stufe der Konfrontation dar.

### **Was sind die politischen Folgen im Iran?**

Innenpolitisch konnte das iranische Regime zunächst von der Tötung Soleimanis profitieren. Der Schock und die Empörung der Bevölkerung halfen dem Regime dabei, Kritik an der desolaten sozioökonomischen Lage und damit verbunden an den kostspieligen Engagements in den zahlreichen Konflikten in der Nahostregion noch weiter als bisher zu delegitimieren. Öffentliche Proteste, mit denen sich die iranische Führung zuletzt im November 2019 konfrontiert sah und gegen die sie mit äußerster Brutalität vorgegangen war, schienen angesichts der äußeren Bedrohung kaum mehr denkbar. Im Gegenteil: insbesondere die Hardliner innerhalb des Regimes durften sich in ihrer Position bestätigt sehen, dass eine Politik der Stärke unverzichtbar ist, um die iranischen Sicherheitsinteressen zu wahren.

Dieser „rallying around the flag“-Effekt ist nach dem irrtümlichen Abschuss einer ukrainischen Passagiermaschine durch die iranische Luftabwehr am 7. Januar sowie den anschließenden zynischen und letztlich erfolglosen Versuchen des Regimes, diesen Abschuss als „Unfall“ zu kaschieren, dahin. In die öffentlichen Trauerbekundungen über die 176 Toten des Absturzes mischt sich zunehmend Empörung über das iranische Regime. In Protesten der letzten Tage wurden insbesondere der Revolutionsführer Khamenei und die dominierende Stellung der Revolutionsgarden scharf kritisiert. Es bleibt abzuwarten, welche Dynamik und welchen Umfang diese Proteste im weiteren Verlauf annehmen und wie das Regime damit umgeht. Die Legitimationskrise des Herrschaftssystems im Iran ist in jedem Fall schneller als zu erwarten war wieder auf die politische Agenda zurückgekehrt.

Außenpolitisch ist eine grundlegende Neuausrichtung der iranischen Sicherheitspolitik durch die Tötung Soleimanis kaum zu erwarten. Bei aller Bedeutung der Person Soleimanis für die operative Ausgestaltung der iranischen Sicherheitspolitik werden deren strategischen Leitlinien in erster Linie vom Revolutionsführer bestimmt. Das strategische Ziel Irans, die USA aus der Region zu vertreiben, wird weiterhin verfolgt werden. Iran wird hierbei wie bisher vor allem auf asymmetrische Mittel setzen und einer direkten militärischen Konfrontation mit den USA aus dem Weg gehen. Dass die iranische Führung vor einer militärischen Eskalation des Konflikts mit den USA zurückschreckt, zeigt sich auch in dem Umstand, dass die iranischen „Vergeltungsschläge“ gegen zwei von den USA genutzte Militärbasen im Irak nur wenig Schaden angerichtet haben. Darüber hinaus hofft die iranische Führung, dass der Verlust der Glaubwürdigkeit der USA bei den regionalen Partnern Washingtons, der bereits durch die zögerliche Politik Barack Obamas hervorgerufen und durch Donald Trumps wiederholte Rückzugsankündigungen weiter bestärkt wurde, ihr mittelfristig bei der Verwirklichung ihrer regionalen Ambitionen ebenfalls in die Hände spielt.

## **Reaktionen aus dem Libanon**

### **Welche Rolle spielt der USA-Iran-Konflikt im Libanon?**

Mit seinen zahlreichen Konfessionen und Ethnien reflektiert der fragmentierte Libanon die geopolitischen Konflikte der Region. Regionale Akteure verfolgen seit jeher ihre Interessen im Libanon, indem sie konfessionell-politischen Gruppen finanzielle und teilweise auch militärische Hilfe zukommen

lassen oder sich als Schutzmacht profilieren. Der Libanon ist als Teil des sogenannten „schiitischen Halbmonds“, ein geostrategischer Korridor der sich von Teheran bis Beirut erstreckt, von großer Bedeutung für die Konflikte, Versorgungsrouten und Migrationsströme der Region. Auch der Iran und die USA tragen im Zedernstaat ihre Rivalität um die geostrategische Deutungshoheit des Landes und der Levante aus. So verfügt der Iran durch die Hisbollah – die älteste und wichtigste Stellvertreter-Organisation des Irans – aber auch durch die schiitische Amal-Bewegung über einen beträchtlichen Einfluss im Libanon. Die USA versuchen, Irans Einfluss und Hisbollahs Stellung im Libanon einzuschränken, indem sie Sanktionen gegen Hisbollah-Politiker und den ihnen nahestehenden Unternehmen verschärfen. Die Vereinigten Staaten unterstützen darüber hinaus die politischen Parteien der sogenannten 14. März Allianz, die in Opposition zu dem Hisbollah-Block und dessen Verbündeten (die 8. März Allianz) stehen. Dazu gehören insbesondere die sunnitische Partei Future Movement des mittlerweile zurückgetretenen Premierministers Saad Hariri sowie die zweitgrößte christliche Partei Libanese Forces. Ferner unterstützen die USA die libanesische Armee (Ende des Jahres 2019 wurden weitere 100 Millionen US-Dollar Militärhilfe zugesagt), um das staatliche Gewaltmonopol zu stärken und ein militärisches Gegengewicht zur Hisbollah aufzubauen. Diese Unterstützung wurde nach dem libanesisch-israelischen Konflikt 2006 weiter verstärkt.

Auch die Massenproteste, die das Land seit dem 17. Oktober 2019 in einen permanenten Krisenmodus versetzten, offenbaren eine weitere Dimension des US-iranischen Konflikts: Kurz nach dem Ausbruch warf die Hisbollah der amerikanischen Botschaft in Beirut und den westlichen Geheimdiensten vor, die Demonstrationen zu infiltrieren und als anti-Hisbollah-Bewegung zu instrumentalisieren.

### **Wie wird die Tötung Soleimanis im Libanon wahrgenommen?**

Die Tötung Qassem Soleimanis und Abu Mahdi al-Mohandis hat auch im Libanon hohe Wellen geschlagen. Viele ranghohe Vertreter der Allianz 8. März sprachen dem obersten Führer der Islamischen Republik, Ali Khomeini, dem iranischen Staatspräsidenten Rouhani, der Hisbollah und Hassan Nasrallah ihr Beileid aus. Parlamentspräsident Nabih Berri und der Generalsekretär der Hisbollah Hassan Nasrallah garantierten dem Iran darüber hinaus unmittelbar ihren Beistand – obschon die Form des Beistands bis dato unkonkret blieb. Nasrallah ließ in seiner ersten emotional intonierten Rede verkünden, Soleimanis und al-Mohandis Tötung sei nicht nur ein Angriff auf den Iran, sondern auf alle Schiiten und die sogenannte Achse des Widerstands, die sich vom Iran über Syrien bis in den Libanon erstreckt. Das pro-Hisbollah Nachrichtenoutlet al-Akhbar berichtete über den Vorfall mit den Worten: „This is war“.

Das libanesische Außenministerium verurteilte den Angriff als einen Angriff auf die Souveränität des Irak und warnte vor eskalierenden regionalen Spannungen. Einige Politiker, insbesondere aus dem iran-kritischen Bündnis 14. März, warnen indes davor, von dem Neutralitätsprinzip des Libanon abzukommen und sich in einen regionalen Konflikt hineinziehen zu lassen. Dennoch wurde von einigen Genugtuung (z.B. „späte Gerechtigkeit“) über den Tod vor allem von Soleimani geäußert, den man (neben dem syrischen Regime als Hauptverantwortlichen) als einen der Drahtzieher der blutigen Attentatsserie im Libanon gegen Syrien-kritische Persönlichkeiten vor allem in den 2000er Jahren identifizierte.

Am Sonntag, dem 4. Januar, wurde eine Trauerzeremonie für Soleimani und Mahdi al-Mohandis in einem südlichen Vorort Beiruts ausgerichtet. In diesem Rahmen sprach Hassan Nasrallah vom Beginn einer neuen Ära, in der sich der Nahe Osten der amerikanischen Militärpräsenz entledigen würde. Dass Nasrallah den Libanon in seinen Reden nicht erwähnte, deutet auf ein Bestreben hin, den Libanon in den eskalierenden Spannungen außen vor zu lassen. Auf den sozialen Medien war zunächst ein Unbehagen über die mögliche Reaktion durch die Hisbollah und eine weitere mögliche Eskalation vernehmbar. Die öffentliche Meinung scheint allerdings nach dem limitierten iranischen Vergeltungsschlag beruhigter, da man auf absehbare Zeit weniger mit militärischen Aktionen auf libanesischem Boden rechnet. Dennoch ist es nicht auszuschließen, dass die Hisbollah auf lange Sicht

ebenfalls zu einem Vergeltungsschlag ausholt. In großen Teilen der schiitischen Bevölkerung herrscht eine Erwartungshaltung gegenüber Nasrallah, den Tod Soleimanis zu rächen.

### **Was sind die politischen Folgen für den Libanon?**

Die Situation im Libanon ist bereits aufgrund interner politischer und wirtschaftlicher Faktoren fragil. Sollte die Situation eskalieren, so ist es auch nicht auszuschließen, dass der Libanon zu einem Nebenschauplatz der Auseinandersetzungen wird. Von allen Seiten wird derzeit eine schnelle Regierungsbildung gefordert, um auf eine mögliche regionale Destabilisierung reagieren zu können.

Allerdings wird der Schlag direkte Auswirkungen auf die ohnehin bereits erschwerte Regierungsbildung im Libanon nach sich ziehen: Die Nominierung des designierten Premierministers Hassan Diab, die auf den Vorschlag der Hisbollah und ihrer politischen Partner zurückgeht, hatte durch die Opposition der Parteien der 14. März-Allianz eine erhebliche Verhärtung der politischen Fronten nach sich gezogen. Dadurch erschien es zuletzt noch schwieriger, eine Einigung über die nun zu benennende Übergangsregierung zu finden. Gleichzeitig würden die USA eine zu stark Hisbollah-dominierte Übergangsregierung als rote Linie sehen bzw. diese wäre direkt dem Anti-Iran-Kurs der US-Administration ausgesetzt. Neben direkten Sanktionen gegen die Hisbollah und den mit ihr assoziierten Personen und Organisationen hatten die USA bereits vor Monaten davor gewarnt, neue Sanktionen künftig auch auf politische Partner der Hisbollah im Libanon auszuweiten.

## **Reaktionen aus dem Irak**

### **Welche Rolle spielt der USA-Iran-Konflikt im Irak?**

Der Irak, seit Jahrzehnten im Zentrum großer Konfliktlinien im Nahen Osten, ist eines der unmittelbarsten Spielfelder der Auseinandersetzung zwischen dem Iran und den USA. Beide Seiten wollen im Irak mit Blick auf seine geostrategische Lage und seinen Rohstoffreichtum, Einfluss ausüben. Auf irakischem Staatsboden stehen sich mit etwa 5.000 US-Soldaten, unter anderem in der US-geführten „Internationalen Koalition im Einsatz gegen den IS“, und den in weiten Teilen vom Iran unterstützten (überwiegend schiitischen) sogenannten Volksmobilisierungseinheiten (Hashd al Shaabi) die beiden Staaten direkt militärisch gegenüber. Die Volksmobilisierungseinheiten mit ihren engen Verbindungen zur iranischen Sondereinheit Al-Quds werden als einer der wichtigsten „Stellvertreter“ des Irans gesehen, sind gleichzeitig aber auch seit Juni 2019 offiziell in die irakischen Streitkräfte integriert. Viele Eskalationsschritte der vergangenen Monate fanden auf irakischem Boden statt und betrafen so die irakische Bevölkerung direkt.

Neben dieser Konfliktlage gibt es seit Oktober 2019 Massenproteste der jungen schiitischen Bevölkerung gegen die herrschende Politikelite, deren Ausgangspunkt insbesondere der Anspruch auf grundlegende Versorgung mit Arbeit, Dienstleistungen (v.a. Elektrizität und Wasser) sowie Infrastruktur ist; daneben werden außerdem Forderungen nach einer nachhaltigen Bekämpfung der schweren Korruption im Land und der Eindämmung internationaler Einmischung laut. Der Irak und seine Bevölkerung sind es leid, Spielball internationaler Mächte zu sein. Die Forderungen nach einem Ende der internationalen Konflikte auf irakischem Boden wurden von der Bevölkerung in jüngster Zeit noch deutlicher artikuliert.

### **Wie wird die Tötung Soleimanis im Irak wahrgenommen?**

Besonders mit Blick auf die Verletzung der staatlichen Souveränität Iraks verurteilen sowohl politische als auch religiöse Würdenträger die US-Angriffe. Auch der Tod des mit Soleimani gemeinsam ums Leben gekommenen Abu Mahdi al-Muhandis löste im Irak Wut und Empörung aus. Al-Muhandis war der stellvertretende Leiter aller Volksmobilisierungseinheiten im Irak und eine Schlüsselfigur in deren Ausbau und Professionalisierung. Al-Muhandis, ein enger Vertrauter Soleimanis, war an der offiziellen Integration der Volksmobilisierungseinheiten in die irakischen Streitkräfte beteiligt und später sowohl

deren Sprachrohr nach Teheran, als auch in die irakische Regierung. Der geschäftsführende Premierminister Abdul-Mahdi und Großayatollah al-Sistani sprachen am 4. Januar 2020 von den Getöteten Soleimani und al-Muhandis als „Märtyrer im Kampf gegen den Islamischen Staat“.

Unmittelbar reagierte auch das irakische Parlament: Am 5. Januar 2020 verabschiedete es eine Resolution gegen den Einsatz der US-geführten „Internationalen Koalition gegen den IS“ und mit einer Forderung zum Abzug aller ausländischen Truppen im Irak. Der Beginn der Parlamentssitzung war allerdings zunächst durch das fehlende Quorum deutlich verspätet worden, kurdische und sunnitische Parlamentarier waren der Sitzung ferngeblieben. Das Parlament nahm die Resolution zwar mit einer Mehrheit der anwesenden Stimmen an, die faktischen Konsequenzen sind allerdings unklar, denn die Resolution hat keine bindende Wirkung für das Handeln der Regierung.

Fazit: Von Seiten der überwiegend schiitischen Politikeliten kommen zwar deutlich vernehmbare anti-amerikanische Stimmen, jedoch wird die Schere zwischen Bevölkerung und Regierung schnell deutlich. Aus der heterogenen Bevölkerung, insbesondere von deren sunnitischen und kurdischen Teilen, erfährt die US- und internationale Präsenz mitunter einige Unterstützung, besonders mit Blick auf den Kampf gegen den sogenannten „Islamischen Staat“ (IS) und um den iranischen Einfluss einzudämmen. Unter den Demonstranten wurde die Tötung Soleimanis und al-Munhandis dann auch durchaus positiv aufgenommen. Für viele steht ihr Tod zuvorderst für ein Zurückdrängen des iranischen Einflusses im Irak.

### **Was sind die politischen Folgen für den Irak?**

Die Eskalation zwischen USA und Iran überschattet die ohnehin schwierige innenpolitische Lage im Irak. Im Zusammenhang mit den Massenprotesten kam es häufig zu äußerst brutalen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften. Besonders Iran-nahe schiitische Milizen gingen mit großer Gewalt gegen zivilgesellschaftliche Akteure und Journalisten vor – teilweise anhand von Todeslisten und durch gezielte Angriffen zur Einschüchterung der Demonstranten – und verspielten so in der Bevölkerung Ansehen, das sie sich in den vergangenen Jahren im Kampf gegen den IS erworben hatten. Seit Beginn der Proteste verzeichnet der Irak weit über 450 Tote und mehr als 15.000 Verletzte. Als Reaktion war auch Premierminister Adul-Mahdi zurückgetreten; seine Regierung ist seit November 2019 nur noch geschäftsführend im Amt. Das Land befindet sich in einer Regierungskrise, die von einer Debatte rund um die Auslegung der irakischen Verfassung und der Wahlgesetzgebung flankiert wird.

Die Eskalation der militärischen Auseinandersetzung zwischen den USA und Iran lassen die Bruchlinien zwischen den unterschiedlichen Blöcken im irakischen Parlament umso deutlicher hervortreten. Kurdische Politikeliten könnten bei anhaltender instabiler innenpolitischer Lage Irak erneut auf die Idee von Unabhängigkeitsbestrebungen der Autonomen Region Kurdistan gegenüber dem Zentralirak kommen. Auf der anderen Seite zeigen sich erneut viele schiitische politische Gruppierungen loyal zu Muqtada al-Sadr, der bereits der letzten Parlamentswahl im Mai 2018 die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte und der seine Unterstützerreihen mit der jüngsten Zuspitzung nun festigen konnte.

Nur wenn sich die vorsichtigen Anzeichen der Deeskalation zwischen USA und Iran im Irak verwirklichen, besteht für das Land eine Chance, wieder in ruhigeres Fahrwasser zu kommen und die Regierungsbildung voranzutreiben sowie die zahlreichen innenpolitischen Herausforderungen, die Auslöser der Proteste waren, anzugehen. Dabei würde voraussichtlich die Forderung nach einer Aussetzung allen internationalen Einflusses eine prominentere Rolle als bisher einnehmen. Wird der Irak allerdings erneut zum Schauplatz einer breiten militärischen Auseinandersetzung und/oder eines Stellvertreterkrieges, bedeutet dies nicht nur eine humanitäre und wirtschaftliche Krise für das Land, sondern eine erneute tiefe Spaltung der Gesellschaft entlang der entsprechenden kurdischen, sunnitischen und schiitischen Zugehörigkeiten, von der sich das politische System möglicherweise nicht erholen wird. Alle bisher im Irak erreichten Stabilitätserfolge und Wiederaufbaubemühungen stünden in Gefahr.

Die Sicherheitslage im Irak ist auch über die aktuellen Ereignisse hinaus weiter sehr angespannt: Die Aktivitäten des IS sind in letzter Zeit deutlich gestiegen; sollte ein Machtvakuum durch militärischen Konflikt oder Regierungsversagen entstehen, wird der IS dies für sich zu nutzen wissen. Eine Eskalation in der Region würde das Wiedererstraken des IS noch beschleunigen. Ohne nachdrückliche und fokussierte Unterstützung der internationalen Gemeinschaft kann der Irak dieser Bedrohung nicht Herr werden.

## Reaktionen aus Israel

### Welche Rolle spielt der USA-Iran-Konflikt in Israel?

Israel steht fest an der Seite der USA und unterstützt deren Kampagne des „maximalen Drucks“ gegen den Iran – nicht zuletzt, um das Land vom Griff nach Nuklearwaffen abzuhalten. Israel hat sich von Anfang an gegen das Atomabkommen mit Iran gestellt. Daher war es nicht überraschend, dass sich Israel sehr zufrieden zeigte, als Trump die USA im Mai 2018 aus der Vereinbarung führte.

Neben den iranischen Nuklearambitionen ist Israel seit Jahren sehr besorgt über das Raketenprogramm und den Auf- und Ausbau von „Stellvertretern“ Teherans. Iran hat die libanesische Hisbollah befähigt, Israel an seiner Nordgrenze zu umschließen; die Terrormiliz hat feste Stellungen im Süden des Libanon und setzt sich zunehmend in Südsyrien fest. Daher fliegt Israel seit geraumer Zeit Luftangriffe gegen Stellungen des Iran und der Hisbollah in Südsyrien.

### Wie wird die Tötung Soleimanis in Israel wahrgenommen?

Die israelische Politik hat der US-Regierung zur Tötung des iranischen Generalmajors Soleimani fast einhellig gratuliert. Mit Ausnahme der arabischen Parteien betonten sowohl Abgeordnete der Regierungs- sowie Oppositionsparteien, dass Trumps Entscheidung die richtige gewesen sei. Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu betonte unmittelbar nach Bekanntgabe des Schlags gegen Soleimani, Israel stehe an der Seite der USA im „Ringen um Frieden, Sicherheit und Selbstverteidigung.“ Gleichzeitig untersagte die israelische Regierung ihren Kabinettsmitgliedern zunächst, sich öffentlich zu der US-Handlung zu äußern. Dieser Schritt wurde als Versuch interpretiert, Israel nicht unnötig ins Fadenkreuz des Iran und seiner Stellvertreter zu rücken. Ähnlich gewertet wird die Äußerung Netanjahus vor seinem Sicherheitskabinett wenige Tage nach der Tötung Soleimanis, dass Israel an eben jener nicht beteiligt gewesen sei.

### Was sind die politischen Folgen in und für Israel?

Unmittelbar reagierte Israel auf die Nachricht der Tötung Soleimanis, indem das Militär in erhöhte Alarmbereitschaft gesetzt, Sicherheitsvorkehrungen der Botschaften weltweit erhöht und ein Skigebiet auf dem Golan mehrfach für einige Stunden gesperrt wurden. Die verschärfte Sicherheitslage dürfte auch den beginnenden Wahlkampf bestimmen. In der Vergangenheit hat vor allem Netanjahu aus sicherheitspolitischen Debatten Kapital schlagen können. Es ist davon auszugehen, dass ihm das erneut gelingt.

## Reaktionen aus Jordanien

### Welche Rolle spielt der USA-Iran-Konflikt in Jordanien?

Als traditioneller Verbündeter der USA und Saudi Arabiens, die beide zu den drei größten bilateralen Gebern Jordaniens gehören, ist Jordanien grundsätzlich im pro-amerikanischen Lager zu verorten. Jedoch ist Jordanien als ressourcenarmes und kleines Land stets darauf bedacht, als – im Rahmen seiner Möglichkeiten – möglichst neutraler und gemäßigter Akteur in der Region zu gelten, der sich nicht aktiv an Lager- oder Achsenbildungen in der Region beteiligt. Obwohl es der jordanische König Abdallah II war, der den Begriff „schiitischer Halbmond“ im Jahr 2004 im Zusammenhang mit Irans wachsendem Einfluss in der Region geprägt hat, bezieht Jordanien derzeit eine gemäßigtere Position



gegenüber Iran, als dies andere arabische Verbündete der USA und insbesondere Saudi Arabien tun. Dies ist unter anderem der Tatsache geschuldet, dass Irans Einfluss in Jordaniens Nachbarstaaten Syrien und Irak, die für Jordaniens Exporte und Handelsrouten in der Vergangenheit von maßgeblicher Bedeutung waren, in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Jordanien kann sich somit die Möglichkeit zumindest pragmatischer Beziehungen zum Iran nicht grundsätzlich „verbauen“. Die offizielle Haltung der jordanischen Führung weicht hierbei nicht grundlegend von der Stimmung in der Bevölkerung ab. Jordanien selbst hat keine nennenswerte schiitische Minderheit. Trotz dennoch vorhandener anti-schiitischer Ressentiments in der jordanischen Bevölkerung, die in zahlreichen arabischen Ländern in den letzten ein bis zwei Dekaden zugenommen haben, zeigen Umfrageergebnisse jedoch klar, dass die Jordanier Iran nicht als maßgeblichste Bedrohung sehen. Stattdessen erachtet ein Großteil der jordanischen Bevölkerung Israel als eine bedeutend größere Bedrohung für Jordanien und stuft den israelisch-palästinischen bzw. israelisch-arabischen Konflikt als destabilisierender für den Nahen Osten ein als den amerikanisch-iranischen Konflikt.

### **Wie wird die Tötung Soleimanis in Jordanien wahrgenommen?**

Die jordanische Regierung hat hinsichtlich der Tötung Soleimanis einen neutralen Standpunkt eingenommen und ruft beide Seiten – Iran und USA – zur Mäßigung auf. Die Sorge über eine weitere Eskalation des Konflikts ist groß, in Regierungskreisen, bei Experten und den Bürgern. Dabei bestehen weniger Bedenken, dass es Angriffe auf amerikanische militärische Einrichtungen oder Vertreter in Jordanien geben könne, sondern mehr die Sorge vor indirekten Folgen. Sollte Iran sein Interesse von einem Abzug amerikanischer Truppen aus dem Irak und auch aus Syrien verwirklichen und sollten mit den Amerikanern auch die anderen, verbündeten Kräfte abziehen, fürchtet Jordanien beispielsweise ein erneutes Erstarken jihadistischer Kräfte, die die Sicherheit Jordaniens akut gefährden können. So wurden die tödlichsten Anschläge Jordaniens im Jahr 2005 aus dem Irak heraus geplant und durchgeführt (die Attentäter reisten aus dem Irak für den Anschlag an).

Die offiziellen Medien in Jordanien nehmen eine auf den ersten Blick neutrale Haltung bezüglich der Tötung Soleimanis ein, tendieren jedoch bei genauerem Hinsehen leicht zum iranischen Standpunkt. Im Gegensatz dazu ist der Diskurs in der Bevölkerung stärker polarisiert. Zwei Lager tun sich auf: Das Lager der von anti-schiitischen Ressentiments getriebenen Befürworter der Tötung Soleimanis, die hoffen, dass nun ein Zurückdrängen iranischen Einflusses in der Region möglich werde (das sind vor allem auch ehemaligen Unterstützer von Saddam Hussein, die in Jordanien in nicht unerheblicher Zahl vorhanden sind); und das Lager derjenigen, die der Meinung sind, der Akt beweise die Nicht-Beachtung des Völkerrechts durch die USA, die sich nicht nur in diesem Falle sondern in der Region als Ganzes niederschlage und Kriege und Konflikte in die Region hineintrage.

### **Was sind die politischen Folgen für Jordanien?**

Politische Folgen für Jordanien werden weithin erst für den Fall erwartet, dass es zu einer weiteren Zuspitzung des USA-Iran-Konflikts kommt. Insbesondere eine damit potenziell einhergehende weitere Destabilisierung der Nachbarstaaten Syrien und Irak würde für Jordanien in mehrerer Hinsicht eine Bedrohung der eigenen Sicherheit darstellen. Das Land wird beispielsweise keine weiteren Flüchtlinge mehr aufnehmen können und ist durch die Aufnahme der syrischen Flüchtlinge bisher an den Rand seiner Kapazitäten gelangt. Terroristische Gewalt – im Ausland geplant – könnte erneut zunehmen und die für Jordanien elementaren Handelsrouten und Absatzmärkte würden nicht wieder aktiviert werden können. Damit würde sich die wirtschaftliche Situation im Land weiter verschärfen.

## **Reaktionen aus den Golf-Staaten**

### **Welche Rolle spielt der USA-Iran-Konflikt in der Golf-Region?**

Die Golf-Staaten sind in besonderem Maße vom USA-Iran-Konflikt betroffen. Die sunnitischen Monarchien, die sich im Golf-Kooperationsrat zusammengeschlossen haben (Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Bahrain, Kuwait, Katar und Oman), können als traditionelle Verbündete des Westens

betrachtet werden. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges galt die grundlegende Konstellation, dass Saudi-Arabien dem Westen, vor allem den USA, Zugang zu Öl gewährt und die USA im Gegenzug Sicherheitsgarant am Golf sind. Auch wenn heute die Abhängigkeit des Westens von Ölimporten aus der Golfregion zurückgegangen ist, hat sich die über Jahrzehnte gewachsene Allianz erhalten.

Seit der Revolution 1979 ist die Islamische Republik Iran der Konkurrent vor allem Saudi-Arabiens um die regionale Hegemonie. Dass der Iran seinen Einfluss, vor allem im Süden der arabischen Halbinsel – im Jemen – ausgebaut hat, wurde und wird in der Golf-Region sehr kritisch beobachtet. Die Wahrnehmung der USA als verlässlicher Partner und Sicherheitsgarant änderte sich durch den Abschluss des iranischen Nuklearabkommens 2015: die Golf-Staaten fühlten sich von den USA brüskiert. Ihre Argumentation lautete damals: der Iran werde international wieder anerkannt ohne dass er seine Interventionen in der Region mittels Milizen aufgeben müsse.

Vor diesem Hintergrund haben die arabischen Golf-Staaten die Aufkündigung des Iran-Abkommens durch die Trump-Administration und die Verschärfung der US-Sanktionen gegen Iran begrüßt. Der amerikanische Ansatz der Eindämmung Irans („maximum pressure“) wird in den Golf-Staaten geteilt. So verwies Adel al Dschubeir, Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten des Königreichs Saudi-Arabien im November 2019 während des Manama-Dialogs auf die gescheiterte Appeasement-Politik gegenüber Hitler und erklärte: „Der Schlüssel zu regionaler Stabilität ist Abschreckung.“

### **Wie wird die Tötung Soleimanis in der Golf-Region wahrgenommen?**

Die Golf-Staaten haben die Rolle Soleimanis und der iranischen Milizen immer verurteilt. Vor diesem Hintergrund wird Soleimanis Tod als Schlag gegen Irans Einfluss in der Region begrüßt. Die Tötung zeige demnach auch, heißt es, dass die Phase, in der die USA auf iranische Provokationen nicht reagiert haben und die Golf-Staaten anfangen, an den USA als Sicherheitsgarant zu zweifeln, beendet sei. Zugleich sind aber die Sorgen vor der Reaktion Irans und vor einer Eskalation, die sich auf die gesamte Golf-Region erstreckt, ausgeprägt. In den Reaktionen auf die Tötung von Soleimanis überwiegen die Stimmen, die nun zu Ruhe und Zurückhaltung mahnen.

Politische Lösungen und rationales Handeln, nicht Konfrontation und Eskalation seien notwendig, so verlautete es etwa aus den Vereinigten Arabischen Emiraten. Das Königreich Saudi-Arabien sieht in der aktuellen Eskalation eindeutig das Resultat der iranischen Proxy-Strategie, vor der Saudi-Arabien immer gewarnt habe. Extremismus und Terrorismus, regionaler Instabilität sei entschieden entgegenzutreten – auch durch die internationale Gemeinschaft. Zugleich sei nun aber die Zeit für eine Politik der Besonnenheit, die zu einer Entschärfung der Lage führen müsse. Es sind Argumentationslinien, die auch auf politischer Ebene in Kuwait und Bahrain genutzt werden und sich exemplarisch im Statement des Generalsekretärs des Golf-Kooperationsrates, Abdullatif bin Rashid Al-Zayani finden, der die „beteiligten Parteien“ genauso wie die internationale Gemeinschaft dazu aufrief, Spannungen in der Region zu reduzieren und politische Lösungen zu priorisieren.

Während auf politischer Ebene die Rufe nach Deeskalation dominieren, wird in den Medien stärker und expliziter auf die destabilisierende Rolle Irans und Soleimanis eingegangen. In einem Kommentar der in den VAE erscheinenden Gulf News wird die Tötung begrüßt und eine Veränderung der iranischen Proxy-Strategie erwartet: Teheran werde sich künftig zweimal überlegen, ob es Milizen in den Kampf schicke. Eine Zeit der Ungewissheit und Unsicherheit für die Golfregion sieht Arabian Business, die in Dubai erscheint, heraufziehen. Weitere Attacken auf US-Einrichtungen, aber auch auf US-Alliierte in der Region sowie Europa seien ebenso denkbar wie neue Angriffe auf Öltanker. Für die ebenfalls in den VAE erscheinende The National sind die Spannungen zwischen den USA und Iran nun auf einem in der jüngeren Geschichte nie dagewesenem Level, die Rede ist gar von einem „point of no return“ in der Eskalationsspirale. Für die in Saudi-Arabien erscheinende Arab News ist mit der Tötung Soleimanis ein großer Schlag gegen Irans regionale Ambitionen gelungen.

Die mit dem Iran verbündeten Houthis im Jemen forderten schnelle und direkte Vergeltungsmaßnahmen. Auch äußerte eine Gruppe bahrainischer Islamisten, die vom Iran unterstützt werden, dass die Tötung Soleimanis ihren Willen, in Bahrain „Widerstand“ zu leisten, stärke.

### **Was sind die politischen Folgen für die Golf-Region?**

Wenngleich die Golf-Staaten eine harte Haltung der USA gegenüber dem Iran favorisieren und der Iran in den vergangenen Monaten mehrere Eskalationssignale ausgesendet hat, hat es auch Zeichen der Deeskalation zwischen Golf-Staaten und Iran gegeben. Insbesondere Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate haben ein hohes Interesse an einer Deeskalation mit dem Iran und einer Befriedung des Jemen. Zeichen, dass die Saudis über verschiedene Kanäle mit Houthis und Iran kommunizieren und an einer Deeskalation arbeiten, haben zugenommen. Auch die Vereinigten Arabischen Emirate haben ihre harte Haltung gegenüber Iran verändert (Memorandum of Understanding mit Iran zu maritimer Sicherheit, Freigabe eingefrorener Finanzmittel Irans) Und auch der Iran selbst scheint Entspannungssignale an die Golf-Staaten gesendet zu haben. So gab es Anzeichen, dass sich ein Gelegenheitsfenster zu einer friedlicheren Sicherheitsstruktur in der Golf-Region öffnen könnte. Kuwait und Oman, aber auch Bahrain positionieren sich schon länger als Staaten, die auf Dialog und Ausgleich bedacht sind; jedenfalls keinerlei Interesse an einer militärischen Eskalation haben.

Dass diese Entwicklungen fragil bleiben, zeigt die Tötung Soleimanis. Politische Richtungsänderungen dürfte es in den Golf-Staaten jedoch kaum geben. Sicherheit und Stabilität sind die politischen Konstanten der Regierungen am Golf. Die Reaktionen auf die Tötung Soleimanis – die eindringlichen Rufe nach Deeskalation und politischen Lösungen – zeigen, dass Eindämmung und Druck auf den Iran mit dem Ziel, dessen destabilisierende Außenpolitik zu beenden, zwar weiterhin ein zentrales Element außenpolitischer Strategie in den Golf-Staaten ist. Zugleich stehen die politischen Zeichen aber eher auf Entspannung. Soleimanis Tod wird denn auch, beispielsweise von den Vereinigten Arabischen Emiraten, zum Anlass genommen, zwischen Nachbarn und Verbündeten zu differenzieren und ihn als Vorfall zu charakterisieren, der den Iran und die USA betreffe, weniger aber die Golf-Staaten: „We will not see a war,“ so der emiratische Energieminister Suhail al-Mazrouei, „This is definitely an escalation between the United States, which is an ally, and Iran, which is a neighbor, and the last thing we want is more tension in the Middle East.“

## **Reaktionen aus den Palästinensischen Gebieten**

### **Welche Rolle spielt der USA-Iran-Konflikt in den Palästinensischen Gebieten?**

In der palästinensischen Politik und Öffentlichkeit werden die USA nicht mehr als objektiver Vermittler im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern gesehen, da sie eindeutig auf Seiten der Israelis verortet werden. Der Iran wird von den palästinensischen Führungskräften im Westjordanland sowie Anhängern der Fatah nicht als Partner wahrgenommen. Der USA-Iran-Konflikt spielt dort kaum eine Rolle, auch nicht in der öffentlichen Wahrnehmung im Westjordanland. Erst mit einem Bezug zu Israel bekommt der Konflikt eine bedeutende Relevanz.

Im Gaza-Streifen und bei der Führung der Hamas ist der Konflikt durch eine noch stärkere Abneigung gegenüber den USA gekennzeichnet sowie einer deutlichen Unterstützung für den Iran. Die Hamas und der Islamische Jihad übertragen den USA-Iran-Konflikt somit auf ihre eigene Situation und erhoffen sich dadurch ein stärkeres Engagement des Iran im Israel-Palästina-Konflikt. Hier eint vor allem die Antipathie gegenüber Israel.

### **Wie wird die Tötung Soleimanis in den Palästinensischen Gebieten wahrgenommen?**

Die Palästinensische Autonomiebehörde wie auch die Fatah haben sich mit Äußerungen zur Tötung von Qassem Soleimani zurückgehalten. Vereinzelt Äußerungen von Fatah-Vertretern wurden stets als

persönliche Meinungen betitelt. Anders als Hamas oder der Islamische Jihad pflegt die Fatah kaum Kontakte zum Iran. Die offiziellen Nachrichtensender berichten wenig über die Ereignisse.

Die Hamas gab Statements ab, in denen sie die Tötung Soleimanis als „Verbrechen und aggressives Verhalten der USA“ bezeichnet. Die Hamas erklärte, dass die USA die „Spannungen in der Region im Auftrag des zionistischen Feindes“ erhöhen würden. Washington „trage die volle Verantwortung für das Blut, das in der arabischen Welt vergossen wird“. Soleimani wird von der Hamas für seine „außerordentliche“ Rolle in der Unterstützung arabischer und islamischer Widerstandsbewegungen, insbesondere für die Palästinenser, gewürdigt. Der Führer der Hamas, Ismail Haniyya, war mit einer Delegation zu den offiziellen Trauerfeierlichkeiten im Iran eingeladen. Dort bezeichnete er Soleimani als „Märtyrer von Jerusalem“.

Der Islamische Jihad veröffentlichte Statements, die den Angriff stark verurteilen. Soleimani sei ein „mutiger Führer, der seit Jahrzehnten hinter den palästinensischen Widerstandsbewegungen“ gestanden habe. Die USA und deren Unterstützung für das „koloniale System“ seien für die Instabilität in der Region verantwortlich.

### **Was sind die politischen Folgen in den Palästinensischen Gebieten?**

Inwieweit sich nachhaltige innen- oder außenpolitische Konsequenzen ergeben, ist noch nicht absehbar. Innenpolitisch könnte die unterschiedliche Unterstützung für den Iran die Gräben zwischen der Hamas und der Fatah vertiefen, die sich kürzlich erst auf Grundbedingungen für die Durchführung von Parlaments- und Präsidentschaftswahlen geeinigt haben. Außenpolitisch wird für die Palästinenser vor allem die Rolle Israels im USA-Iran-Konflikt zu beobachten sein.

## **Reaktionen aus Syrien**

### **Welche Rolle spielt der USA-Iran-Konflikt in Syrien?**

Neben Russland ist der Iran der wichtigste Verbündete von Präsident Assad und griff schon früh zur Unterstützung des Regimes in den Bürgerkrieg ein. Für Iran ist Syrien vor allem strategisch als Hinterland der libanesischen Schiiten-Miliz Hisbollah von großer Bedeutung. Würden die Nachschubwege über syrisches Territorium wegfallen, geriete die Miliz in große Bedrängnis, was den iranischen Einfluss im Libanon schwächen würde. Der Iran unterstützt das syrische Regime mit Geld, Waffen und schiitischen Milizionären, die durch die al-Quds Einheiten trainiert und ausgebildet werden.

Die USA haben im Rahmen der US-geführten „Internationalen Koalition gegen den Islamischen Staat“ noch rund 1.000 Soldaten im Norden Syriens stationiert. Der Kampf innerhalb Syriens hat sich zu einem regionalen Stellvertreterkrieg zwischen dem schiitischen Iran und dem sunnitischen Saudi-Arabien und seinen Verbündeten entwickelt, durch die Beteiligung Russlands und der USA entstand zudem ein überregionaler Konflikt zwischen den beiden Großmächten mit geopolitischen Implikationen.

### **Wie wird die Tötung Soleimanis in Syrien wahrgenommen?**

Das syrische Außenministerium verurteilte die gezielte Tötung Soleimanis scharf und beschuldigte die USA der gefährlichen Eskalation der Lage in der Region. Der Angriff sei ein weiterer Versuch der USA, die Staaten der Region, insbesondere den Irak zu schwächen und Israel zu stärken. Als Reaktion auf den iranischen Raketenbeschuss zweier Militärstützpunkte im Irak am 8. Januar erklärte das syrische Außenministerium, der Iran habe das Recht auf Selbstverteidigung und Syrien stehe solidarisch an der Seite Irans. Weiter hieß es, dass alleinig die USA für die gestiegenen Spannungen in der Region verantwortlich seien.

Aus den von der Opposition gehaltenen Gebieten im Norden Syriens gab es vereinzelte Berichte über Freude über den Tod Soleimanis, der von vielen binnenvertriebenen Syrern persönlich für die brutale

Kriegstaktik der Belagerung von Städten und das Aushungern der Bevölkerung verantwortlich gemacht wird.

### **Was sind die politischen Folgen für Syrien?**

Der Tod Soleimanis wird keinen direkten Einfluss auf die syrisch-iranische Allianz haben. Auch wenn die Quds-Einheiten ihren charismatischen Befehlshaber verloren haben, wird die militärische Unterstützung der Truppen Assads durch vom Iran unterstützte schiitische Milizen anhalten.

Sollten sich die US Truppen tatsächlich, wie vom irakischen Parlament gefordert, aus dem Irak zurückziehen, verlören die in Syrien stationierten US-Truppen ihre wichtigen logistischen Versorgungslinien und müssten sich als Folge eventuell auch aus Syrien zurückziehen. In diesem Falle wäre der Iran seinem Ziel, die USA aus der Region zurückzudrängen, einen Schritt nähergekommen. Die Rolle Russlands als Mediator in dem Konflikt und der Region könnte dadurch gestärkt werden. So traf der russische Präsident Putin vor seinem Gespräch mit dem türkischen Präsidenten Erdogan am 8. Januar überraschend in Damaskus mit Assad zusammen.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)